



Niederschrift

Bildungsausschuss

20. Wahlperiode – 49. Sitzung

am Mittwoch, dem 24. September 2025, 13:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender

Martin Balasus (CDU)

Peer Knöfler (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Marion Schiefer (CDU), in Vertretung von Patrick Pender

Wiebke Zweig (CDU)

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Christopher Vogt (FDP), in Vertretung von Anne Riecke

Fehlende Abgeordnete

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht der Landesregierung über die Vorwürfe zur Islamwoche an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	4
	Berichts Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 20/5135	
2.	Verschiedenes	21

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 13:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht der Landesregierung über die Vorwürfe zur Islamwoche an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Berichts Antrag der Fraktion der FDP
[Umdruck 20/5135](#)

Wissenschaftsstaatssekretär Wendt teilt mit, das Wissenschaftsministerium habe als Rechtsaufsicht die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel um eine vollumfängliche rechtliche Prüfung der Vorgänge um die Islamwoche gebeten und stehe in regelmäßigem Austausch mit der Universität. Die Universität habe der Islamischen Hochschulgruppe die Anerkennung und damit ihre Rechte als Hochschulgruppe mit sofortiger Wirksamkeit entzogen und Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Kiel erstattet. Ordnungsrechtliche Maßnahmen seien nicht verhängt worden, das Ministerium erwarte jedoch, dass eine Exmatrikulation unverzüglich umgesetzt werde, wenn sich die Sachlage etwa durch die Ermittlungsarbeit der Staatsanwaltschaft ändere. Der Staatssekretär betont das gemeinsame Ziel, die Vorfälle sauber aufzuarbeiten und Konsequenzen daraus zu ziehen und das Risiko zu minimieren, dass sich ein ähnlicher Vorfall wiederhole. – Die Chronologie der Gespräche zwischen Ministerium und Universität gibt der Staatssekretär nach der Sitzung zu Protokoll (siehe unten).

Frau Meyer, Kanzlerin der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, berichtet, man habe nach Anhörung der Betroffenen am 23. Juli 2025 entschieden, der Islamischen Hochschulgruppe den Status als anerkannte Hochschulgruppe abzuerkennen, und arbeite schon länger daran, die Richtlinie für die Anerkennung von Hochschulgruppen zu schärfen. Hochschulgruppen müssten sich auf die Werte, die Grundordnung und das Leitbild der CAU ebenso verpflichten wie auf die verfassungsmäßigen Grundsätze. Die Satzungsänderungen sollten in der nächsten Präsidiumssitzung im Oktober 2025 beschlossen werden und für die Anerkennung von Hochschulgruppen zum Wintersemester 2025/2026 gelten. Außerdem habe man die Einleitung rechtlicher Schritte gegen Mitglieder der Islamischen Hochschulgruppe geprüft. Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand biete das Hochschulgesetz keine Handhabe, eine Exmatrikulation auszusprechen. Man habe Strafanzeige erstattet, um die Vorfälle aufklären zu können (Stichwort „Salafismus“); eine Rückmeldung der Staatsanwaltschaft gebe es noch nicht. Und man habe das Raumbeantragungs- und -vergabeverfahren grundlegend überarbeitet und Mechanismen zur Risikominimierung eingezogen.

Frau Dr. Cleophas, Vizepräsidentin der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, weist darauf hin, dass sich alle Hochschulgruppen bis zum 31. Oktober 2025 zurückmelden müssten, um weiterhin als Hochschulgruppe akkreditiert zu werden, und bei der Prüfung die neue Richtlinie angewendet werde. Die neue Raumvergaberichtlinie sehe vor, dass das Programm einer von einer Hochschulgruppe organisierten Veranstaltung bis sechs Wochen vorher gemeldet werden müsse, inklusive der Sprecherinnen und Sprecher; eine Fristverlängerung bis vier Wochen vor Veranstaltung sei möglich.

Die Ausschussmitglieder begrüßen die von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel eingeleiteten Maßnahmen und stellen Nachfragen.

Auf Fragen des Abgeordneten Vogt antwortet Herr Lübke, Mitarbeiter der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, man habe die Strafanzeige nicht näher beschränkt, sondern die Staatsanwaltschaft gebeten, alle möglichen Straftatbestände in den Blick zu nehmen (Volksverhetzung, Gewaltdarstellung, Hochverrat gegen den Bund). Man habe der Staatsanwaltschaft Screenshots von den ausliegenden Büchern geschickt. Eine Exmatrikulation könne hochschulrechtlich nur bei einer strafrechtlichen Verurteilung ausgesprochen werden.

Frau Meyer ergänzt, die Aberkennung des Status der Hochschulgruppe stütze sich insbesondere auf den Vertrauensverlust und den Verstoß gegen die Grundordnung. Es sei nicht ausgeschlossen, zukünftig wieder eine islamische Hochschulgruppe anzuerkennen, wenn sie sich auf die Werte und Regeln verpflichte.

Auf weitere Nachfragen aus dem Ausschuss antwortet Frau Dr. Cleophas, grundsätzlich fordere man eine jährliche Rückmeldung der Hochschulgruppen ein. Die Raumbuchung und Anmeldung einer Veranstaltung erfolge digital; die Sechs-Wochen-Frist zur Angabe der Sprecherinnen und Sprecher könne mit Begründung verkürzt werden; Veranstaltungen mit politischem oder religiösem Hintergrund werde man kritischer behandeln als zum Beispiel eine Volkstanzveranstaltung. Die neue Richtlinie solle zum 8. Oktober 2025 verabschiedet und über die üblichen Gremien der Universität kommuniziert werden. Die Vizepräsidentin teilt mit, morgen mit Vertretern der Jüdischen Hochschulgruppe ein Gespräch zu führen und heute auf der Universitätswebsite eine Zusammenfassung des Vorfalls inklusive Stellungnahme und Haltung der Universität zu veröffentlichen.

Frau Meyer weist darauf hin, dass die Universitätsleitung seit Langem mit der Jüdischen Hochschulgruppe intensiv im Gespräch sei, ebenso mit dem Ministerium zum Beispiel zum Umgang mit propalästinensischen Kundgebungen auf Flächen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Das Risikomanagement sei Bestandteil des teilautomatisierten Prozesses, und man wolle bei politisch-weltanschaulichen Veranstaltungen nach Rücksprache mit dem Verfassungsschutz und der Polizei eine Präzisierung vornehmen, um genauer hinschauen und im Ernstfall eine Veranstaltung untersagen zu können beziehungsweise keinen Raum zur Verfügung zu stellen oder eine Raumzusage zurückzunehmen.

Abgeordnete Schiefer setzt sich für den Schutz und die Belange der jüdischen Studierenden und Beschäftigten ein, nimmt Bezug auf die Landtagsbeschlüsse in den [Drucksachen 20/1617](#) und [20/2144 \(neu\) 2. Fassung](#) und erwartet von der Universität konkrete Maßnahmen zur Eindämmung von und Vorbeugung gegen Antisemitismus.

Der Vorsitzende kündigt an, das Thema „Maßnahmen der Hochschulen zur Eindämmung von und Vorbeugung gegen Antisemitismus und zum Schutz der jüdischen Studierenden und Beschäftigten“ (Landtagsbeschlüsse [Drucksachen 20/1617](#) und [20/2144 \(neu\) 2. Fassung](#)) Anfang 2026 auf die Tagesordnung zu setzen.

Frau Dr. Cleophas bekräftigt den Willen der Universität, jeglicher Form von Diskriminierung und Antisemitismus entgegenzutreten und allen Studierenden und Wissenschaftlern ein Studium ohne Angst und Diskriminierung zu ermöglichen.

Auf Nachfragen des Abgeordneten Vogt teilt Staatssekretär Wendt mit, man erarbeite gerade eine Handreichung für jüdische Studierende. Der Landesaktionsplan gegen Antisemitismus solle Anfang 2026 veröffentlicht werden. Die Bestandsaufnahme der an den Hochschulen bestehenden Maßnahmen zum Umgang und zur Bekämpfung von Antisemitismus sei abgeschlossen. Im Nachgang der Sitzung gibt er die Liste zu Protokoll (siehe unten).

Der Staatssekretär setzt fort, man habe in den vergangenen Monaten konstruktive Gespräche mit dem Vorsitzenden der SCHURA geführt. Nachdem die Vertragsverhandlungen aufgrund eines erweiterten Forderungskatalogs der SCHURA unterbrochen worden seien, habe man das Gespräch aus Anlass der Islamwoche wieder aufgenommen. Darin habe der SCHURA-Vorsitzende mitgeteilt, dass es keine direkten Gespräche zwischen der Islamischen Hoch-

schulgruppe und dem Vorstand der SCHURA gegeben habe und der Vorstand nicht über Details der Islamwoche unterrichtet worden sei. Der SCHURA-Vorsitzende werde noch in dieser Woche ein Gespräch mit dem Verfassungsschutz führen. Es bleibe das Ziel der Landesregierung, die SCHURA so weit wie möglich zu unterstützen.

Im Nachgang der Sitzung erteilt das Wissenschaftsministerium die vom Staatssekretär zugesagten Informationen, zunächst zur **Chronologie der Gespräche zwischen Ministerium und Universität**:

Islamwoche 2025 an der CAU - Wesentliche Zeitpunkte

- 07.05.2025 • Presseanfrage von Kieler Nachrichten an Pressestelle Innenministerium
07.05.2025
- 09.05.2025 • Erstmalig Kenntnisnahme des MBWFK von der Veranstaltung „Islamwoche an der CAU“.

• Einleitung rechtsaufsichtliche Prüfung.
- 13.05.2025 • Aufforderung an CAU zur Abgabe einer Stellungnahme.
- 14.05.2025 • Erhalt der CAU-Stellungnahme.

• Ausweitung der internen Prüfung.
- 27.05.2025 • Schriftliche Beteiligung des Verfassungsschutzes zur Übermittlung von Erkenntnissen.
- 13.06.2025 • Eingang Schreiben des Verfassungsschutzes.
- 19.06.2025 • Übermittlung dieser Erkenntnisse an CAU.
- 23.06.2025 • Rückmeldung CAU: Rechtliche Überprüfung wurde bereits aufgenommen.
- 07.07.2025 • Anhörung der Islamischen Hochschulgruppe durch die CAU.

- 11.07.2025 • Schriftliche Aufforderung an CAU zur Erstellung einer vollumfänglichen Prüfung.
- 16.07.2025 • Stellungnahme des Präsidiums der CAU auf CAU-Website.
- 18.07.2025 • Eingang Ergebnis der rechtlichen Prüfung der CAU.
- 24.07.2025 • Strafanzeige der CAU an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Kiel.
- 23.09.2025 • Eingang aktualisiertes Ergebnis der rechtlichen Prüfung der CAU und der gezogenen Konsequenzen durch die CAU.

Hinweis: Zwischen dem MBWFK, der CAU und dem Verfassungsschutz hat ein ständiger Austausch stattgefunden, zuletzt am 10. September 2025 auf Präsidiums- und Abteilungsleitungsebene im Ministerium.

Bestandsaufnahme der an den Hochschulen bestehenden Maßnahmen zum Umgang und zur Bekämpfung von Antisemitismus

Muthesius Kunsthochschule Kiel

Die Muthesius Kunsthochschule (MKH) hat zu Beginn des terroristischen Angriffs am 07.10.2023 ein politisches Statement auf ihrer Homepage abgegeben. Zudem wurde die Ausstellung „Homosexuelle Männer in den Konzentrationslagern Ravensbrück und Stutthoff“ initiiert (21.04. - 26.05.2024). Die Ausstellung thematisierte die Verfolgung von Homosexuellen im Nationalsozialismus und die Kontinuität der Ausgrenzung in der Nachkriegszeit. Es fand ein hochschulweiter Besuch der KZ Gedenkstätte Neuengamme statt. Teilgenommen haben Vertreter aus der Lehre, der Verwaltung, Studierende und aus dem Präsidium. Es wurde ein Präsidiumsbeschluss dahingehend gefasst, dass auf Antisemitismus bei Studierenden mit Platzverweisen und Verboten im Rahmen des bestehenden Hausrechts Gebrauch gemacht werden soll; bei Mitarbeitenden mit Er- bzw. Abmahnungen. Es sind weiterhin Vorträge zu dem Thema geplant.

Fachhochschule Kiel

Die Fachhochschule Kiel (FHK) hat in der Vergangenheit Prozesse und Vorgänge entwickelt, um gegen Diskriminierung und Antisemitismus vorgehen zu können. Zum Umgang mit Diskriminierung an der Hochschule wurde 2019 die interne „Richtlinie der Fachhochschule Kiel zum Schutz vor Benachteiligung, Diskriminierung, sexualisierter Belästigung und Gewalt“ erarbeitet. Die Diversitätsbeauftragte der Hochschule bietet eine Antidiskriminierungsberatung an. Ferner ist eine AGG-Beschwerdestelle eingerichtet. Für alle Mitglieder der Hochschule sind die entsprechenden Informationen übersichtlich auf der Webseite zusammengestellt. Dort gibt es Informationen dazu, wie Betroffene reagieren können. Derzeitig wird die Hausordnung der FH Kiel überarbeitet. In diesem Zuge werden auch Ausschlussklauseln geprüft. Zudem wurde 2024 der Beirat Diversität und Inklusion an der FH Kiel eingerichtet. In dem Gremium tauschen sich verschiedene Hochschulmitglieder zu Diversitätsthemen aus, u.a. auch zum Thema Antisemitismus und Rechtsextremismus. Die FH Kiel beteiligt sich, im Rahmen der Interdisziplinären Wochen der Hochschule, seit 2021 an den bundesweiten Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus, die von der Amadeu Antonio Stiftung koordiniert werden. Im Rahmen der Bildungs- und Aktionswochen wurden bisher folgende Veranstaltungen durchgeführt: Vortrag „Antisemitismus: Ein alltägliches Phänomen in Schleswig-Holstein“ mit Sigrid Richolt von

der Landesinformations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus Schleswig-Holstein, LIDA SH, Vortrag „Israelbezogener Antisemitismus“ mit Sigrid Richolt von LIDA SH und Wencke Stegemann von dem Verein stories for tomorrow e.V., Workshop „Antisemitismus in Sprache“ mit Wencke Stegemann von dem Verein stories for tomorrow e.V., Vortrag „Antisemitismus in Schleswig-Holstein“ mit Sigrid Richolt von LIDA SH, Filmabend: „Masel Tov Cocktail“ mit Grußwort des Vizepräsidenten für Diversität und Gleichstellung und anschließendem Gespräch mit den Filmemachenden, Ein Abend im Bunker D der FHK mit Filmvorstellung und Gespräch mit Prof. Dr. Rudolph Leiprecht. Gezeigt wurde sein Film „Lange Schatten des Schweigens. Verbotene Liebe im II. Weltkrieg“; im Anschluss fand ein Expertengespräch zu „Solidaritäten im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus, für ein starkes Miteinander“ zwischen Prof. Dr. Rudolph Leiprecht, Prof. Dr. Vassilis Tsianos (FH Kiel) und Prof. Dr. Bedia Akbaş (FH Kiel) statt. Die FH Kiel war im April 2024 Veranstaltungsort des zweiten bundesweiten „Hackathon gegen Antisemitismus“ des gemeinnützigen Vereins „Ha-Kesher, Die Verbindung e.V.“ aus Schleswig-Holstein gewesen. Ziel des Hackathons war es, digitale Ideen für eine bessere Aufklärung über Antisemitismus zu finden, stärker für Antisemitismus zu sensibilisieren und damit zu einem besseren und schnelleren Erkennen antisemitischer Delikte beizutragen. Es waren ca. 100 Gäste anwesend. Im Rahmen des Interreg 6a Projekts „Hope and Despair“ erarbeiten Hochschulen, Museen und Gedenkstätten grenzüberschreitende Konzepte für eine zeitgemäße Erinnerungskultur. Neben der FH Kiel und der Europa-Universität Flensburg (EUF) sind auf deutscher Seite auch das Jüdische Museum in Rendsburg sowie die KZ-Gedenkstätte Neuengamme am Projekt beteiligt. Studierende verschiedener Lehrangebote setzen sich im Rahmen des Projekts kritisch mit dem Thema auseinander, indem sie in Zusammenarbeit mit diesen und weiteren Institutionen Filme, Podcasts, Printmedien und Webseiten erstellen. Im Rahmen des Interreg-Projekts arbeitet die FHK zurzeit an Augmented-Reality Medienangeboten u.a. für das KZ- Neuengamme und das Jüdische Museum in Rendsburg. 2023 informierte die FH Kiel via Social Media erstmals umfangreich über verschiedene religiöse Feiertage, darunter auch die höchsten jüdischen Feiertage. Ziel war es, neben FH-Mitgliedern auch interessierte Externe über verschiedene religiöse Bräuche und Traditionen zu informieren. Aus dem Jüdischen wurden die Feiertage Pessach, Shana Tova und Jom Kippur gefeiert. Der Pilot wurde 2024 weitergeführt und dauerhaft in die Social Media Kommunikation der Hochschule übernommen. Die Diversitätsbeauftragte der FH Kiel trifft sich zweimal jährlich mit der Referentin Sigrid Richolt von der Landesinformations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus Schleswig-Holstein. Darüber hinaus ist sie vernetzt mit dem Zentrum für Betroffene rechter Angriffe, Zebra e.V. Mit beiden Organisationen - und in Kooperation mit der Beauftragung für Diversität der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel - wurden in der

Vergangenheit gemeinsam Veranstaltungen im Rahmen der bundesweiten Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus durchgeführt. Bereits 2021 hat die Diversitätsbeauftragte das Rassismuskritische Wörterbuch der FH Kiel veröffentlicht. Eine umfassende Diversitätsstrategie hat die FHK im Jahr 2023 verabschiedet. Die Diversitätsbeauftragte der FH Kiel nahm ab Juni 2024 an dem Pilotprojekt des Antidiskriminierungsverbands Deutschland „Ausbildungsreihe für Antidiskriminierungsberater*innen an Hochschulen“ teil, um sich für die Beratungstätigkeiten weiter zu qualifizieren. Die FH Kiel übernahm die Fortbildungskosten und unterstützt die Beauftragte. Die öffentliche Ringvorlesung zum Thema „Rechtsextremismus/Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ besteht seit dem Wintersemester 2011 im Fachbereich Soziale Arbeit der FH Kiel. Frau Prof. Dr. Groß veranstaltete die Vorlesung seit 2016 und legte im Sommersemester 2024 gemeinsam mit Prof. Dr. Bedia Akbaş den Schwerpunkt ausschließlich auf das Thema Antisemitismus. Die Ministerin hat dazu ein digitales Grußwort gesendet und auf die Wichtigkeit der Thematik aufmerksam gemacht. Aus dem Bereich Diversität der FH Kiel finden verschiedene Veranstaltungen statt, um das Thema Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit an der FH Kiel zu bearbeiten und ins Blickfeld zu nehmen: Argumentationsworkshop gegen Rechtsextremismus für Studierende im Rahmen der Interdisziplinären Wochen (IDW) im Sommersemester 2024, Fortbildung für Mitarbeitende: Argumentationstraining gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung im Alltag, Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen der IDW im Wintersemester 2024/25 mit Rahmenprogramm: Demokratie stärken - Rechtsextremismus bekämpfen Für das Wintersemester 2025/26 ist im Rahmen der Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus (7. Oktober 2025 bis 9. November 2025) in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Diversität und Antidiskriminierung der CAU eine Exkursion ins Jüdische Museum nach Rendsburg geplant.

Christian-Albrechts- Universität zu Kiel

Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) positioniert sich in ihrem Leitbild Diversität gegen jede Form von Diskriminierung und verfolgt das Ziel, Vielfalt sowie Chancengerechtigkeit und Anti-Diskriminierung in allen Bereichen des universitären Lebens systematisch zu fördern. In diesem Rahmen ist die Sensibilisierung und der Einsatz gegen antisemitische Gewalt ein wichtiges Anliegen, z.B. durch die Unterstützung und Vernetzung mit der jüdischen Hochschulgruppe und Community vor Ort. An den bundesweiten Aktionswochen gegen Antisemitismus ist die CAU auch mit eigenen Sensibilisierungsangeboten regelmäßig beteiligt. Diese und weitere Veranstaltungen finden an den Kieler Hochschulen oft übergreifend in Kooperation

statt, um gemeinschaftlich ein Zeichen zu setzen, z.B.: Vortrag „Israelbezogener Antisemitismus“ mit Sigrid Richolt von LIDA SH und Wencke Stegemann von dem Verein stories for tomorrow e.V., Workshop „Antisemitismus in Sprache“ mit Wencke Stegemann von dem Verein stories for tomorrow e.V., Vortrag „Antisemitismus in Schleswig-Holstein“ mit Sigrid Richolt von LIDA SH, Filmabend: „Masel Tov Cocktail“ mit Grußwort der Vizepräsidentin für u.a. Diversität und anschließendem Gespräch mit den Filmemachenden. Für 2025 ist in Kooperation mit der FH Kiel und der Muthesius Kunsthochschule u.a. ein Besuch im Jüdischen Museum Rendsburg geplant sowie Vorträge zu Antisemitismus an deutschen Hochschulen. Im Zentrum für Lehrkräftebildung ist das Zertifikatsangebot „Antisemitismuskritische Bildung“ ausgebaut. Hieran nehmen auch Lehrerinnen und Lehrer aus Schleswig-Holstein sowie Lehrende anderer Hochschulen teil. Zudem finden Ringvorlesungen und Lehrveranstaltungen zur Geschichte des Antisemitismus und zu Perspektiven auf antisemitismuskritische Bildung statt. Schutz vor antisemitischer Diskriminierung wird u.a. durch eine Antidiskriminierungsrichtlinie und der Beschwerdestelle geschaffen. Alle gemeldeten Diskriminierungsfälle werden zudem in der Stabsstelle Diversität und Antidiskriminierung erfasst. Die zentrale Diversitätsstrategie enthält u.a. ein Präventionskonzept für die gesamte Hochschule, dass auch Prävention von Antisemitismus umfasst. Hierfür wurden zusätzliche personelle Ressourcen geschaffen. In Fällen von Antisemitismus werden im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit zebra e.V. (Zentrum für Betroffene rechter Angriffe) Beratungen angeboten. Darüber hinaus findet ein regelmäßiger Austausch mit zebra und LIDA SH statt. Seit 2019 wird der Diversitätspreis für Masterarbeiten und Dissertationen vergeben: in Erinnerung benannt nach der jüdischen Kunsthistorikerin Dr. Aenne-Liebreich. Der Preis betont die universitäre Zugehörigkeit jüdischer Forscher:innen zu der CAU und fördert die Sichtbarkeit von Diversity-Forschung in jedem Fachgebiet. Die Fortbildungsangebote für Mitarbeitende zum Umgang mit Antisemitismus, Verschwörungstheorien und Rechtsextremismus werden laufend in der Wissenschaftlichen Weiterbildung ausgebaut. Seit 2023 werden umfangreiche Informationen über verschiedene religiöse Feiertage, darunter auch die höchsten jüdischen Feiertage, auf Social Media veröffentlicht. Ferner wurde eine zentrale Diversitätsstrategie verabschiedet, in der u.a. ein Präventionskonzept für die gesamte Hochschule vorgesehen ist, dass auch Prävention von Antisemitismus umfasst. Letztlich wird derzeit die Einführung einer Regelung zu Prüfungen an religiösen Feiertagen nach dem Vorbild der Ruhr-Universität Bochum (RUB) geprüft. Mit Bekenntnissen zu Vielfalt, Demokratie und Diversität hat sich das Präsidium im letzten wie auch in diesem Jahr positioniert. Diese beinhalten insbesondere auch eine klare Haltung gegen Antisemitismus und Diskriminierung. Der Senat ebenso wie die Fakultäten haben sich diesen Bekenntnissen uneingeschränkt angeschlossen.

Hochschule Flensburg

Die Hochschule Flensburg (HSF) hat 2024 im Senat den Code of Conduct verabschiedet, der unter anderem Diskriminierung jeglicher Art gegenüber Hochschulangehörigen ablehnt. Ebenfalls positioniert sich sowohl die Hochschul-Leitlinie als auch das Leitbild Diversität gegen jede Form von Diskriminierung oder Rassismus, einschließlich Antisemitismus. Entsprechend dieser Leitbilder feierte die Hochschule Flensburg im Mai 2024 das 75-jährige Bestehen des Grundgesetzes, welches das Fundament für das Denken und Handeln an der Hochschule bildet. Die Hochschule verpflichtet sich, die Freiheitsrechte des Grundgesetzes gegenüber allen zu verteidigen, die die unantastbare Würde des Menschen nicht respektieren. Neben einer hausinternen Ausstellung entstand eine Broschüre, in der Hochschulangehörige das Grundgesetz in Verbindung zu ihren Arbeitsbereichen reflektierten. Die Hochschule arbeitet derzeit an einer Richtlinie gegen Diskriminierung, Gewalt und Belästigung auf dem Campus. Zudem wird ein niedrigschwelliges Meldetool für den Hochschulcampus ausgerollt, sodass Übergriffe auch anonymisiert übermittelt und nachverfolgt werden können. Dieses Instrument soll eine sicherere Umgebung für Betroffene schaffen und eine schnelle Reaktion ermöglichen. Im Rahmen des noch in der Entwicklung befindlichen Modulkonzepts wird zukünftig ein Modul mit dem Schwerpunkt „Anti-Bias“ entstehen, das sich auch mit Antisemitismus auseinandersetzen wird. Des Weiteren existiert seit 2018 eine AGG-Beschwerdestelle, die statusgruppenübergreifend Beratung bietet und Betroffene begleitet. Als zusätzliche Anlaufstelle wurde 2023 das Nebenamt der Diversitätsbeauftragten besetzt.

Europa-Universität Flensburg

Die Europa-Universität Flensburg (EUF) bereitet die Verankerung der Antisemitismusprävention in der Lehrkräfteausbildung mit der nächsten Akkreditierung vor. Im Master für Grundschulen, Fach Deutsch, wird regelmäßig ein fachdidaktisches Seminar explizit und ausschließlich zur Antisemitismusprävention im Deutschunterricht angeboten. Zukünftig soll ein solches Seminar auch im Lernbereich Deutsch angeboten werden, wo auch Studierende erreicht werden, die nicht Germanistik studieren. Zudem findet im Fach Evangelische Theologie regelmäßig das Seminar „Christlicher Antijudaismus und Antisemitismusprävention“ statt. An der EUF wurde eine Lern-App zur Antisemitismusprävention entwickelt und erprobt. Sie wird bereits im Unterricht eingesetzt. Die EUF hat zahlreiche externe Anfragen von Lehrerinnen und Lehrern zur Nutzung dieser App erhalten, die Resonanz ist sehr positiv. Es wurden bereits mehrere Bachelor- und Masterarbeiten zur Antisemitismusprävention im Deutschunterricht an Grund

bzw. Gesamtschulen und Gymnasien verfasst. Des Weiteren ist ein BMBF-Forschungsverbund zum Thema „Antisemitismusprävention im europäischen Schulunterricht“ (AIES) an der EUF verankert. Das Projekt erforscht Dynamiken, Erscheinungsformen und Wirkungen des Antisemitismus in Europa und entwickelt digitale Unterrichtsmaterialien zur Antisemitismusprävention im fächerübergreifenden europäischen Schulunterricht. Es erfolgt eine Kooperation mit dem Fritz-Bauer- Institut und der Hebrew University sowie mit Schulen in Deutschland, Frankreich, Spanien und Rumänien. Weitere Praxispartner sind Mahn- und Gedenkstätten, NS-Dokumentationszentren sowie Jüdische Museen als außerschulische Lernorte. Das Projekt zielt darauf ab, Schülerinnen und Schülern eine nachhaltig verankerte Werterhaltung zu vermitteln, die sie befähigt, radikalen Positionen, Verhaltensweisen und Verschwörungsmythen entschlossen entgegenzuwirken. In diesem Rahmen fand vom 23.05.2024-25.05.2024 an der EUF die 3. AIES-Tagung „Shoah und jüdische Gegenwartsliteratur im Schulunterricht Antisemitismusprävention durch visuelle Medien im europäischen Kontext“ statt. Das vom BMBF geförderte trilaterale Promotionskolleg European Wasatia Graduale School for Peace and Conflict Resolution zielt auf die Analyse von Konzeptionen und Bedingungen von Versöhnung in Nahost aus der Perspektive übergreifender Diskurse (Conflict Resolution, Versöhnungsforschung, Transitional Justice), unterschiedlicher Wissenschaften (u.a. Nahost und Politikwissenschaften, Philosophie, Soziologie, Jura, Theologie, Literatur- und Medienwissenschaften) und unter Berücksichtigung des deutschen Kontexts ab. Weitere internationale Konfliktfelder (u.a. Nordirland, Südafrika, der Balkan) sollen mit Blick auf Transfers auf den Nahost-Konflikt einbezogen werden und auf diese Weise unter den Promovierenden mutuale Lernprozesse initiieren. Die Analyse von sozialen, rechtlichen, politischen und (inter-)religiösen Bedingungen für Versöhnung wird dabei mit dem Erlernen praktischer Dialogkompetenzen (wie Holocaust-Education, Scriptural Reasoning) verbunden. So soll zur Ausbildung dialogfähiger Multiplikatoren angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen (besonders im Bezugsfeld Antisemitismus) auf akademischer wie zivilgesellschaftlicher Ebene beigetragen werden. Die EUF bietet Studierenden und Mitarbeitenden über die AGG- Beschwerdestelle, den Arbeitsbereich Chancengleichheit, das International Center sowie das International Staff Network Anlaufpunkte, Beratungs- und Meldestellen. Daneben wurden die Vizepräsidentin für Forschung & Wissenstransfer und die Diversitätsbeauftragte als Antisemitismusbeauftragte der EUF bestellt. Derzeit wird in Kooperation mit dem Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH) die jüdische Anlaufstelle der EUF eingerichtet, die bereits unter juedische.anlaufstelle.flensburg@n-j-h.de erreichbar ist. Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem NJH wird derzeit ein Formular, über das antisemitische Vorfälle gemeldet werden können, erarbeitet. Ferner wird eine zentrale Dokumentation antisemitischer, diskriminierender und rechter Vorfälle auf

dem Campus eingerichtet. Die EUF verpflichtet sich in ihrem Allgemeinen Kodex dazu, in Arbeit, Lehre und Forschung „überwindend für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Vielfalt in Bildung, Schule und Arbeitswelt, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Umwelt“ zu handeln. Die Angehörigen der EUF respektieren in ihrem Verhalten die Würde der Anderen und wenden sich gegen diskriminierende Äußerungen und Handlungen jedweder Art. Die EUF pflegt Kontakte zur Jüdischen Gemeinde vor Ort und organisiert gemeinsame Veranstaltungen, zuletzt anlässlich der 1700 Jahre jüdischen Lebens in Deutschland, sowie Gespräche mit Überlebenden des Holocaust, im Juni 2023 mit Ivar Buterfas- Frankenthal. Für Herbst 2026 sind gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde Flensburg und der Hochschule Flensburg die „Jüdischen Campustage“ geplant. Die EUF beteiligt sich regelmäßig an den Diversitätstagen die in Kooperation der schleswig-holsteinischen Hochschulen stattfinden, an denen auch Veranstaltungen zu Antisemitismus und z.B. der Meldestelle LIDA.SH stattfinden. Der Vizepräsident für Europa und Internationales hat am 19.10.2023 ein Gespräch über „Gewalt und Versöhnung im Nahen Osten“ angeboten, um allen Studierenden und Beschäftigten an der EUF einen Gesprächsraum für ein friedliches und konstruktives Gespräch über das Kriegsleid im Nahen Osten zu bieten. Mit dem EUF- Experten für Friedensforschung, Prof. Ralf Wüstenberg, wurde in diesem Rahmen mögliche Formen von Konfliktlösungs- und Versöhnungsarbeit diskutiert und der Frage nachgegangen, welchen Beitrag Universitäten in solchen Situationen leisten können. Die Europawoche 2024 an der EUF fand vom 14.05.2024 - 16.05.2024 unter dem Motto „European Elections in Times of War“ statt, u.a. gab es eine Podiumsdiskussion zum Nahostkonflikt. Die Hochschuldidaktik bietet unter den 2025 stattfindenden Fortbildungen „Israelbezogener Antisemitismus - Narrative und Bilder erkennen und benennen“, durchgeführt von der Anne Frank Bildungsstätte, „Antisemitismus in den Medien“ und „Labels, Schubladen und feine Unterschiede - Vorurteilsbewusste Hochschullehre mit dem Anti Bias Ansatz“ an. Die EUF beteiligt sich am „Kompetenznetzwerk Antisemitismusprävention an Hochschulen“, an den „Shituf“ Treffen des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender im Einsatz gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Hochschulen und im Netzwerk Antidiskriminierung. Zur Thematik des Antisemitismus finden in 2025 konkret die Fortbildungen „Israelbezogener Antisemitismus - Narrative und Bilder erkennen und benennen“, durchgeführt von der Anne Frank Bildungsstätte, „Antisemitismus in den Medien“ und „Labels, Schubladen und feine Unterschiede - Vorurteilsbewusste Hochschullehre mit dem Anti Bias Ansatz“ statt.

Technische Hochschule Lübeck

Die Technische Hochschule Lübeck (THL) hat in ihrem Hochschulprofil die Werte der disziplinären und kulturellen Vielfalt und Offenheit verankert. Der Code of Conduct lehnt jede Form von Diskriminierung ab. Die im Senat am 01.07.2025 verabschiedete Richtlinie zum Umgang mit Diskriminierung, Gewalt, Belästigung und Mobbing an der TH Lübeck verbietet jegliche Verletzung der Persönlichkeitsrechte und bietet Hinweise zum Umgang mit Beschwerden gegen diese Grundsätze. Anlauf- und Beratungsstellen der THL und des Studentenwerks SH (Standort Lübeck) konnten im März 2025 hinsichtlich diskriminierungssensibler Beratung geschult werden. Gemeinsam mit der Universität zu Lübeck wurde im Frühjahr 2025 ein Workshop der RBT-SH zu Rechtsextremismus an Hochschulen angeboten. Die THL bietet allen Studierenden jährlich einen Besuch des Konzentrationslagers Neuengamme an. Ferner positioniert sich die TH Lübeck bei aktuellen Anlässen, um entschieden gegen derartige Vorfälle vorzugehen. Auch erfolgt eine kontinuierliche Arbeit zu Erinnerungskultur und politischer Bildung in Lübeck, an der sich die THL über Lübeck hoch 3 beteiligt.

Universität zu Lübeck

Die Universität zu Lübeck (UzL) bietet regelmäßig das Wahlfach „Rassismus und andere - Ismen“ als fächerübergreifende Lehrveranstaltung für Studierende aller Studiengänge der UzL an. In diesem Wahlfach, das vom Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung (IMGWF) durchgeführt wird, gibt es eine eigene Lehreinheit zum Antisemitismus. In der Innerbetrieblichen Weiterbildung werden zudem Workshops zum Umgang mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (in der Lehre), Gleichstellungsarbeit intersektional und rassismuskritisch gedacht, rassismuskritische Hochschule sowie ein Empowerment-Workshop für Diskriminierungsbetroffene, angeboten. Das (universitäre) Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck (ZKFL) ist in Kooperation mit der Hansestadt Lübeck und der Technischen Hochschule, Host für eine gemeinsame Antirassismus-Fortbildung. Ferner wird ein Seminar "Rechtsextremismus - Ideologie und Erscheinungsformen" vom Regionalen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Lübeck und angestoßen vom Institut für Psychologie der UzL durchgeführt. Die UzL hat hierzu einen Aktionsplan gegen Rassismus mit Glossar verabschiedet sowie eine Änderung der Hausordnung durchgeführt (§§ 6, 4). Es wurden zudem ein Übersichtsplakat „Kein Raum für Rechtsextremismus“ und ein Leitfaden für Dozierende geschaffen. Auch wurde die AG gegen Rassismus, in der aktuelle Handlungsoptionen

zu Antisemitismus und Empfehlungen an das Präsidium auf der Tagesordnung stehen, gegründet. Es finden zudem regelmäßige Abfragen zu Diskriminierungserfahrungen und Umfragen zu Rassismus statt. An der UzL gibt es eine etablierte Antidiskriminierungsstelle, in der alle Diskriminierungskategorien Raum finden. Die Art der Diskriminierungskategorien wird anonymisiert gesammelt und Häufungen ausgewertet. Die Berater der AD-Stelle bilden sich laufend fort. Die UzL hat eine Anti-Diskriminierungsrichtlinie. Darüber hinaus existiert eine interne Meldestelle nach dem Hinweisgeberschutzgesetz. Ein Online-Kurs und eine Sensibilisierungskampagne zu unbewussten Vorurteilen und Antidiskriminierung wurden erarbeitet. Unter Mitwirkung des ZKFL haben im März 2024 Veranstaltungen unter dem Titel „sei ein Mensch“ zur Erinnerung an den Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge am 25. März 1994 stattgefunden. Die UzL hat sich im Mai 2024 an den schleswig-holsteinischen Diversity-Tagen beteiligt. Im Wintersemester 2024/25 fand ein Studium generale zum Thema „UNWISSEN. SCHAFFT. RASSISMUS.“ als Lübeck hoch3-Veranstaltung statt. Die Veranstaltungsreihe wird von allen drei Hochschulen in Kooperation mit der Hansestadt durchgeführt und richtet sich an die Lübecker Hochschulöffentlichkeit und Stadtgesellschaft. Auch die Frage danach, wie sich Rassismus und Antisemitismus unterscheiden und wie ihre Diskriminierungsformen relevant werden, wurde in einigen Vorträgen und anschließenden Diskussionen sowie einem Begleitseminar für Studierende der Universität Lübeck besprochen. Zudem bietet die Reihe weitere umfassende Begleitveranstaltungen, die wichtige Aspekte der Erinnerungskultur aufgreifen. Beispielsweise fand in dieser Reihe am 15.01.2025 ein Vortrag mit Max Czollek statt. Weiterhin sind Veranstaltungen zur Erinnerungskultur geplant. Die UzL ist offizielle Unterstützerin der Aktion #zusammenland. Anlässlich der vor der Mensa Lübeck entdeckten Anti-Israelischer Schmierereien veröffentlichte die UzL zusammen mit der THL und den Studierendenvertretungen eine gemeinsame Stellungnahme. Von Seiten der Studierendenschaft gab es in den vergangenen Jahren einzelne Veranstaltungen, mit denen an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert werden sollte. Das Referat Soziales, Inklusion und Politik des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) hat 2022 an der Aktion „#everynamecounts“ der Arolsen Archives teilgenommen. Die Initiative hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein Online-Archiv über die im Nationalsozialismus verfolgten Menschen zu erstellen. Die Studierendenschaft hat vor wenigen Jahren eine Stolperschwelle zum Gedanken an die ehemalige Heilanstalt Strecknitz verlegt. Dazu gab es im November 2023 eine Gedenkveranstaltung mit einem Vortrag zu der Geschichte der Heilanstalt. Eine Abfrage von Diskriminierungserfahrungen des AStA wurde während der AStA-Diversity-Tage durchgeführt und veröffentlicht.

Musikhochschule Lübeck

Die Musikhochschule Lübeck (MHL) bekennt sich in ihrem Leitbild zu Diversität und stellt sich in ihren Richtlinien gegen jede Form der Diskriminierung. Das in Arbeit befindliche Leitbild wird diesen Punkt noch stärken. Die Diversitätsbeauftragte ist Anlauf-, Melde- und Beratungsstelle in diesen Angelegenheiten. Die MHL setzt sich kontinuierlich inhaltlich und künstlerisch mit dem Thema auseinander, auch in den Lübecker Kooperationsprojekten LH3 mit dem Projekt „Plötzlich Weg“ und mit Weiterbildungen im Zentrum für Kulturwissenschaftliche Forschung Lübeck (ZKFL). Die MHL erwarb ein Aquarell von Leo Strawczynski, an den einer der vier Stolpersteine vor dem Hauptgebäude der Hochschule erinnert, das samt Begleittext prominent in der MHL platziert werden soll. Es wurde zur Semestereröffnung im Wintersemester 2024 der Öffentlichkeit präsentiert, 100 Jahre nach Strawczynskis Geburtstag. An den Jahrestagen der Familie erinnert die MHL an das Schicksal der Familie. Ferner hat die MHL im Rahmen der Semestereröffnung des Wintersemesters 2024 Daniel Grossmann vom „Jewish Chamber Orchestra“ zu einem Vortrag und Workshop zum Thema „Was ist jüdische Musik“ eingeladen. Die MHL setzt sich zum Ziel, jüdische und von Nationalsozialismus verfolgte Musik v.a. im regionalen Kontext zu beforschen, wiederaufzuführen und die Studierenden zu Multiplikatoren der aktiven Auseinandersetzung mit jüdischer Kultur und Gesellschaft in Deutschland auszubilden. Im Foyer des Großen Konzertsaals stellt die MHL Günther Ueckers Kunstwerk „Optische Partitur für Brahms“ (nach Brahms' Deutschem Requiem, VI. Satz: Denn wir haben hier keine bleibende Statt) sowie Bilder und Texte über Ueckers Werk „Ein Steinmal in Buchenwald“ aus.

Fachhochschule Westküste

Die Fachhochschule Westküste (FWH) bettet Maßnahmen gegen Antisemitismus in ihre Aktivitäten für Vielfalt und Diversität ein. So ist das Thema u.a. in Lehrangeboten zu Themen wie Diversitätsmanagement, Interkulturellem Management und Interkultureller Kompetenz verankert. Im Rahmenkodex spricht sich die Fachhochschule klar für Diversität und kulturelle Vielfalt und gegen jegliche Form von Diskriminierung aus. Die Fachhochschule Westküste hat die „Charta der Vielfalt“ und „Echte Vielfalt - Bündnis für Akzeptanz und Respekt auch in Schleswig-Holstein“ unterzeichnet. Die Diversitätsstrategie der FH ist integraler Bestandteil der Struktur- und Entwicklungsplanung. Als ein Baustein der Strategie werden im Jahr 2025 z.B. zentrale Anti-Bias Kurzschulungen für alle Mitarbeitenden angeboten. Darüber hinaus läuft aktuell

der (Re-)Akkreditierungsprozess zum Audit „familiengerechte Hochschule + Vielfalt“. Die Studierenden und Mitarbeitenden werden jährlich im Rahmen des Diversity Day mit vielfältigen Aktionen für Weltoffenheit und gegen Rassismus und Antisemitismus sensibilisiert. Für Mitarbeitende finden regelmäßig Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen zum Umgang mit Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus statt. Aktuell absolvieren z.B. mehrere Mitarbeitende eine halbjährige berufsbegleitende Ausbildung zum „Demokratie-Coach“. Auf der zentralen Online-Weiterbildungsplattform werden darüber hinaus kontinuierlich vielfältige Angebote zum Thema als Präsenz- und/oder Online- Schulungen angeboten. Als Anlaufstelle zur Beratung stehen die Diversitätsbeauftragte, das International Office, die Gleichstellungsbeauftragte und die Leitung der Hochschule zur Verfügung, sowie für konkrete Fälle, die Beschwerdestelle der Hochschule.

2. Verschiedenes

Die nächste Ausschusssitzung findet am 9. Oktober 2025 von 13 bis 18 Uhr statt, unter anderem mit einer Anhörung der Hochschulen und des UKSH zu den neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 14:25 Uhr.

gez. Martin Habersaat
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer